

Walterskirchen, Ewald

**Article**

## Eurokrise ohne Ende?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

**Provided in Cooperation with:**

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

*Suggested Citation:* Walterskirchen, Ewald (2012) : Eurokrise ohne Ende?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 38, Iss. 2, pp. 285-290

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332867>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

---

# **Eurokrise ohne Ende?**

**Ewald Walterskirchen**

---

---

## **Einleitung**

Das Auseinanderdriften der Volkswirtschaften Nord- und Südeuropas war schon seit vielen Jahren erkennbar. Durch die Finanzkrise hat sich diese Entwicklung noch zugespitzt. Günther Chaloupek ist Mitherausgeber eines Konferenzbandes über die Unterschiede der europäischen Wirtschaftsentwicklung. Dieses Buch stellt die Probleme des Euro-Raums mit ihren vielen Facetten dar.<sup>1</sup> Ich möchte hier die Divergenz der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der Leistungsbilanzen in den Vordergrund stellen.

## **Euro schützt Deutschland vor Aufwertung**

Die Europäische Währungsunion hatte einen gravierenden Geburtsfehler: anhaltende Inflationsunterschiede zwischen den alten Weich- und Hartwährungsländern. Diese Unterschiede wurden zwar wesentlich kleiner, verschwanden aber nicht völlig.

Das hatte zwei Konsequenzen: Erstens verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit der ehemaligen Abwertungsländer Südeuropas Jahr für Jahr. Zweitens waren die Realzinssätze in Südeuropa sehr niedrig, oft sogar negativ: Das verleitete zu hohen Krediten für Wohnungen (Spanien) oder Infrastrukturinvestitionen (Griechenland)<sup>2</sup>.

Der Europäische Rat und die EU-Kommission konzentrierten sich auf die Einhaltung der Maastricht-Budgetkriterien. Sie brachten aber die hohen Budgetdefizite der südeuropäischen Länder nicht in Zusammenhang mit den dahinter liegenden hohen Leistungsbilanzdefiziten.

Das Kernproblem des Euro-Raums ist das Auseinanderdriften der preislichen Wettbewerbsfähigkeit über eineinhalb Jahrzehnte. In Deutschland waren die Preis- und Lohnsteigerungen weit niedriger als in Südeuropa. Selbst wenn die Gewerkschaften in den südeuropäischen Ländern mit höheren Inflationsraten nur eine Abgeltung der Inflation verlangten, führte dies zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Euro-Raum.

In den zehn Jahren vor der Finanzkrise erhöhten sich die nominellen Lohnstückkosten in Deutschland zwischen 1998 und 2008 kumuliert um nur 4%, in Italien dagegen um 30% und in Spanien um 33%. Auf Dauer kann das innerhalb eines Währungsgebiets nicht gut gehen.

Die Ausfuhren entwickelten sich dementsprechend: Die deutschen Exporte verdoppelten sich, die spanischen erhöhten sich kumuliert um 60%, die italienischen und griechischen noch weniger. Die Auswirkungen der niedrigen Realzinsen in Südeuropa schoben die Krise jedoch hinaus.

Angesichts dieser Entwicklung der preislichen Wettbewerbsposition schützte der Euro Deutschland vor einer massiven Aufwertung. Ohne Euro wäre es Deutschland ähnlich wie Japan und der Schweiz ergangen. Spekulative Kapitalzuflüsse hätten den enormen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands verringert. Andererseits verhindert der Euro in Südeuropa eine massive Abwertung, die längst überfällig wäre.

Die Länder Südeuropas haben es nicht geschafft, die Lohn- und Preissteigerungen jenen des Euro-Raums oder gar Deutschlands anzugleichen. Die Hauptgründe sind die größere Streikbereitschaft und die höheren anfänglichen Preissteigerungen, die über inflationsorientierte Lohnforderungen immer weitergewälzt werden. Eine Hartwährungspolitik kann nur funktionieren, wenn die Gewerkschaften mitspielen.

Andererseits ließ Deutschland mit seinen extrem niedrigen Lohnsteigerungen und der Agenda 2010 den südeuropäischen Ländern auch keine Chance, wettbewerbsfähig zu bleiben. Mit der Einführung des Euro wurde eine „beggar my neighbour“-Politik erfolgversprechend. Deutschland hat diese Möglichkeit gnadenlos genutzt. Für den Schutz vor Aufwertung und die Folgen der „beggar-my-neighbour“-Politik wird Deutschland jetzt jedoch zahlen müssen. Sonst zerfällt die Europäische Währungsunion unter dem Diktat der Finanzmärkte.

Würde eine weniger restriktive Lohnpolitik in Deutschland den anderen EU-Ländern nützen? Ja. Denn fast zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union. Deutschland hat z. B. gegenüber Österreich einen Handelsbilanzüberschuss von 10 Mrd., immerhin 3% des heimischen BIP. Ebenso wie eine Aufwertung der chinesischen Währung der US-Wirtschaft helfen würde, so würde eine weniger restriktive Lohnpolitik Deutschlands den südeuropäischen Euroländern nützen.

Eine europaweite Koordinierung der Lohnpolitik wäre für ein reibungsloses Funktionieren der Währungsunion notwendig. Das ist jedoch eine Utopie, da die Gewerkschaften auf ihre Autonomie pochen. Eine Lohnanpassung über Krisen ist freilich ein sehr schmerzhafter Weg.

### **Leistungsbilanz bleibt auch im Euro-Raum höchst relevant**

Für die Entwicklung der Leistungsbilanz ist die preisliche und strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entscheidend. Darüber hinaus verbessert sich die Leistungsbilanz, wenn die Inlandsnachfrage langsamer als bei den Handelspartnern wächst.

In Deutschland sind extrem niedrige Lohnsteigerungen, Exporterfolge und schwache Inlandsnachfrage eine explosive Mischung, die zu sehr hohen Leistungsbilanzüberschüssen führt: +5% des BIP im Jahr 2011. Man kann von einer kontinuierlichen „internen Abwertung“ in Deutschland durch sehr geringe Lohnerhöhungen sprechen. In Südeuropa sind dagegen relativ hohe Lohnsteigerungen, Exportschwäche und kräftige Inlandsnachfrage die Garanten für massive Leistungsbilanzdefizite.

Die meisten Ökonomen glaubten, dass die Leistungsbilanzen der einzelnen Euro-Länder in der Währungsunion keine Bedeutung mehr hätten. Es sei ja kein Abwertungsdruck mehr zu befürchten. Die Eurokrise hat die Ökonomen jedoch eines Besseren belehrt: Es wird bei hohen Leistungsbilanz- und Budgetdefiziten nicht auf eine Abwertung, sondern auf einen Staatsbankrott spekuliert. Die Leistungsbilanz bleibt also auch im Euro-Raum höchst relevant.

### **Hohe Leistungsbilanzdefizite erschweren Budgetkonsolidierung**

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Budget- und Leistungsbilanzdefiziten („twin deficits“). Jene Euro-Länder, die eine stark passive Leistungsbilanz haben, weisen besonders hohe Budgetdefizite auf (siehe Übersicht).

Die Reihung der Länder nach Leistungsbilanz- und Budgetdefiziten ist im Jahr 2011 praktisch identisch. Norwegen, Schweiz, Schweden, Deutschland und Österreich haben hohe Leistungsbilanzüberschüsse und deshalb auch eine vergleichsweise günstigere Budgetsituation. Griechenland, Portugal und Spanien weisen ein massives Leistungsbilanzdefizit und deshalb auch ein besonders hohes Budgetdefizit auf.

Die typische Kausalrichtung verläuft von der Leistungsbilanz zum Budget: Eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Preis- und Lohnsteigerungen bremst die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes innerhalb der Währungsunion. Durch Steuerausfälle werden in der Folge hohe Budgetdefizite „erlitten“.

Andererseits können aber auch exzessive Staatsausgaben (z. B. in Griechenland) die Inlandsnachfrage anheizen und zu überproportional hohen Importen und Leistungsbilanzdefiziten führen. Dieser Einflussfaktor ist aber meist weniger wichtig als die Wettbewerbsfähigkeit.

Der Zusammenhang zwischen Leistungsbilanz- und Budgetdefiziten wurde in der Europäischen Union vernachlässigt. Die Budgetdefizite wurden bloß einer „liederlichen“ Budgetpolitik zugeschrieben, welche die Maastricht-Kriterien nicht erfüllte. Damit wurde negiert, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte symmetrisch sind. Keynes sah in seinem Konzept einer „Clearing Union“ bereits ganz deutlich, dass Überschüsse in der Leistungsbilanz ebenso ein Problem darstellen wie Defizite.

**Tabelle 1: Leistungsbilanz und Staatsbudget in Europa 2011**

	Leistungsbilanz in % des BIP	Budgetsaldo in % des BIP
Norwegen	+16,4	+12,5
Schweiz	+13,4	+0,8
Schweden	+6,7	+0,1
Deutschland	+4,9	-1,2
Österreich	+3,0	-3,4
Euro-Raum	+0,1	-4,0
Frankreich	-2,3	-5,7
Italien	-3,6	-3,6
Spanien	-4,0	-6,2
Portugal	-4,4	-5,9
Griechenland	-6,7	-10,6

Q: OECD-Prognose Herbst 2011, Reihung der Länder nach der Leistungsbilanzsituation. Griechenland gegenüber Prognose korrigiert und auf aktuellen Stand gebracht.

### **Schuldenbremse löst die Leistungsbilanzprobleme nicht**

Neben der Leistungsbilanzentwicklung war die Finanzkrise ausschlaggebend für die Schuldenkrise. Die Regierungen des Euro-Raums hatten es zwischen 1997 und 2007 geschafft, die Staatsschuldenquote von 81% auf 71% des BIP zu senken und damit dem Maastricht-Ziel (60%) näher zu kommen. Die Kosten der Finanzkrise blähten jedoch die Verschuldung wieder auf: Die Staatsschuldenquote stieg im Euro-Raum um ein Drittel auf 97% des BIP im Jahr 2011. Besonders perfide ist deshalb die Argumentation, dass nicht die Finanzkrise, sondern der ausufernde Sozialstaat an der Misere im Euro-Raum schuld sei.

Wird die Sparpolitik in Europa zu einem Abbau der Staatsschuldenquoten führen? Das ist unwahrscheinlich. Eher ist zu befürchten, dass die

europaweiten Sparprogramme die südeuropäischen Länder so tief in die wirtschaftliche Krise stürzen, dass die Staatsschulden trotz einschneidender Sanierungsmaßnahmen nicht zurückgehen. Die kuriose Vorstellung vieler akademischer Ökonomen, dass massive Einsparungen unmittelbar zu einem Aufschwung der Wirtschaft führen, wird durch die Beispiele Griechenland, Portugal und Spanien neuerlich ad absurdum geführt. In allen diesen Ländern lassen die massiven Einsparungen die Wirtschaft einbrechen<sup>3</sup>. Griechenland wird nach zwei Jahren massiver Sparprogramme die Wirtschaftsleistung 2010-2012 um 15% reduzieren. Aus der geplanten Budgetlücke von 7% im Jahr 2011 wurde deshalb ein Defizit von über 10%. Auch Spanien verfehlt sein Budgetziel heuer wegen der schlechten Wirtschaftslage deutlich. Ein Land kann eben nur seine Ausgaben, aber nicht sein Defizit planen<sup>4</sup>. Das wollen die Politiker und Wirtschaftsjournalisten einfach nicht verstehen.

Zweifellos muss auf Griechenland Druck ausgeübt, seine überbordenden Staatsausgaben (für Waffen, U-Boote, Bauten) einzuschränken und die Steuereinhebung effizienter zu organisieren. Die Regierung hat über „ihre Verhältnisse gelebt“, nicht die Bevölkerung des Landes.

### **Projektjobs für die 1000-Euro-Generation: Ein totaler Fehlschlag**

Die Länder Südeuropas brauchen eine Wachstumsstrategie. Dabei geht es um Exportförderung, Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen, Importstopp für Waffenkäufe etc. In der Europäischen Union bedeutet Wachstumsstrategie jedoch leider bloß Strukturreformen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt.

Südeuropa – besonders Italien und Spanien – reagierte auf den massiven Verlust an Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euro-Raums mit einer Spaltung des Arbeitsmarktes. Während die Beschäftigten bei hoher Streikbereitschaft kräftige Lohnzuwächse durchsetzten, wurden den Neueintretenden überwiegend prekäre Jobs angeboten. Der Begriff „1000-Euro-Generation“ macht heute in Südeuropa die Runde. Diese Strategie wirkte eine Zeit lang, bis sie von der Agenda 2010 und Hartz IV in Deutschland noch übertroffen wurde. Wenn man es den Unternehmen ermöglicht, sich an den Kollektivverträgen vorbeizuschwindeln, dann werden sie es auf breiter Front tun.

Die langfristigen Chancen für die Jugend haben sich damit massiv verschlechtert. Eine Generation mit prekären Jobs, von denen sie nicht leben kann, wächst in Westeuropa als Folge der viel gepriesenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes heran. Diese Strategie der Ausbeutung der Jugendlichen wird nicht ohne ökonomische und soziale Folgen bleiben.

Karl Polanyi<sup>5</sup> mag recht behalten: Wenn der Kapitalismus auch die Finanz-, Immobilien- und Arbeitsmärkte – die keine Märkte sind –, liberalisieren will, dann könnte er daran zugrunde gehen.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Günther Chaloupek und Jürgen Kromphardt (Hg.), Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 3, Metropolis-Verlag, Marburg 2009.
- <sup>2</sup> Siehe Stefan Ederer, Markus Marterbauer und Ewald Walterskirchen, Herausforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion, in Günther Chaloupek und Jürgen Kromphardt, a. a. O., S. 125-146.
- <sup>3</sup> Vgl. Stefan Ederer, Europäische Währungsunion in der Krise, WIFO-Monatsberichte 12/2011, S. 783-796.
- <sup>4</sup> Siehe Gunther Tichy, Die Staatsschuldenkrise: Ursachen und Folgen, WIFO-Monatsberichte 12/2011, S. 797-810.
- <sup>5</sup> Karl Polanyi, The Great Transformation, Europa Verlag, Wien 1977 (Originalausgabe 1944).